

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

16.1.1932 (No. 13)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Reklamerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beiziehung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amstlicher Teil

Reichsgründungsfeier

Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung am 18. Januar, werden die öffentlichen Gebäude besaggt.

Städtische Theater und Orchester

Von Direktor Ehrler, Freiburg

I.

Die andauernd kritische Lage der städtischen Theaterbetriebe hat es den Städte-Statistiken als zweckmäßig erscheinen lassen, das Theater- und Orchesterwesen auch in dem neuen (26.) Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“, der vor kurzem erschienen ist und eine Fülle wertvoller Materials aus den verschiedensten Gebieten der Stadtverwaltung enthält, einer eingehenden Bearbeitung zu unterziehen. Nach den Feststellungen des Prof. Dr. Schott, Mannheim, betrug im Spieljahr 1929/30 bei allen deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern der Betriebszuschuß an die eigenen und fremden Theater und Orchester 58,756 Millionen Reichsmark. Hieron entfallen auf Theater 48,763, auf Orchester 8,487 Millionen Reichsmark, auf Theatergemeinden und Besucherorganisationen 216 000 RM, auf Musikvereine, Konzerte und sonstige Aufwendungen 769 000 RM, auf außerordentliche Zuschüsse für Bau- und sonstige Zwecke 521 000 RM.

Während 1928 sich die Ausgaben der Städte gegenüber 1927 um ein volles Viertel erhöht hatten, ist 1929 gegenüber 1928 nur noch eine geringfügige Zunahme des Theateraufwandes (um 242 000 RM oder 0,4 Proz.) zu verzeichnen. In 45 Städten sind die Leistungen für Theater bzw. Orchester noch gestiegen, in 44 Städten haben sie sich vermindert, in 8 Städten sind sie gleich geblieben. Es ist also in der bedrohlichen Aufwärtsbewegung der Theaterzuschüsse im Spieljahr 1929/30 ein Stillstand eingetreten, der aber wohl in der Zwischenzeit durch eine starke rückläufige Bewegung abgelöst wurde. Wie nämlich aus den Ergebnissen der Ermittlungen des Verbandes der deutschen gemeinnützigen Theater, die sich auf die Voranschläge für 1931/32 beziehen, hervorgeht, haben die vorgesehene Einsparungen einen außerordentlich großen Umfang angenommen. Bei der Minderung der Ausgaben spielen selbstverständlich die Gehalts- und Lohnkürzungen eine wesentliche Rolle; außerdem werden einschneidende Einschränkungen durch Abbau von Stellen, Kürzung der Sagen und rückwärtslose Drosselung des Sachaufwandes durchgeführt. Die Einnahmen sind für 1931/32 im allgemeinen niedriger angelegt als im Vorjahre. Das Ergebnis dieser Sparmaßnahmen ist, daß es den meisten Bühnen gelungen ist, den Theaterbetrieb für das laufende Spieljahr sicherzustellen.

Berechnet man den städtischen Zuschuß im Spieljahr 1929/30 auf den Kopf der Bevölkerung, dann steht bei den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern Mannheim mit 7,15 RM an der Spitze; in absteigender Linie folgen Aachen mit 6,84, Wiesbaden mit 5,79, Duisburg mit 5,13, Frankfurt a. M. mit 4,97, Augsburg mit 4,87, Münster i. W. mit 4,86, Hannover mit 4,83, Mainz mit 4,78, Düsseldorf mit 4,54, Köln mit 4,44, Karlsruhe mit 4,32, Nürnberg mit 4,30, München mit 2,29, Stuttgart mit 2,25, Dresden mit 1,75, Berlin mit 0,81, Kassel mit 0,28 RM usw.

Von den Mittelstädten (50 000 bis 100 000 Einw.) haben die höchsten Kopfbeträge aufzuweisen Darmstadt mit 8,26 RM, Freiburg i. Br. mit 8,16, und Heidelberg mit 7,88 RM. In weitem Abstand folgen Bonn mit 5,82, Koblenz mit 5,14, Dsnabrück mit 4,35, Götting mit 2,76, Bamberg mit 2,74, Würzburg mit 1,49, Regensburg mit 1,47, Pforzheim mit 1,31 RM usw. Die Sparpolitik hat sich nach den Feststellungen von Prof. Schott am stärksten bei den Mittelstädten durchgesetzt.

Der städtische Regiebetrieb ist in verschiedenen Städten ganz oder teilweise aufgegeben worden. Das Theater in Münster ist seit 1. September 1929 verpachtet, das Burgwall-Theater in Dortmund wurde in ein Varieté umgewandelt und befindet sich seit 1. September 1930 ebenfalls in den Händen eines Pächters. In Brandenburg und Düsseldorf wurde der städtische Regiebetrieb

Letzte Nachrichten

Sie eine Uebergangslösung der Reparationsfrage Angelfächische Bemühungen

BRN. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die dieser Tage in der angelfächischen Presse erkenntlich gewordene Tendenz, der bereits von dem englischen Wirtschaftsjachverständigen Keynes und Layton vertretenen Auffassung, daß die Aufgabe der Lausanner Konferenz über die Schaffung einer Uebergangslösung in der Reparationsfrage nicht hinausgehen könne, kommt heute wieder in Artikeln der Londoner „Times“ und der „New York Times“ zum Ausdruck. So schreiben die „Times“, in England sei man sich in der Tat darüber klar geworden, daß eine endgültige Streichung der Reparationszahlungen nicht vernünftig erscheine, solange noch eine Verpflichtung zur Zahlung von Kriegsschulden bestehe. Wenn sich in Lausanne herausstellen sollte, daß eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen gegenwärtig nicht möglich sei, so würde es am besten sein, eine kurze Verlängerung des Reparationsmoratoriums zu beschließen und die feste Zusage aller Teilnehmer zu erreichen, daß sie während dieses Jahres wieder zusammenkommen wollten, um eine dauernde Lösung zu finden.

Die „New York Times“ sagen, daß man in amerikanischen Bankkreisen glaube, die Lausanner Konferenz werde sich darauf beschränken müssen, eine kurze vorläufige Regelung zu treffen. Es werde bezweifelt, daß Deutschland die Annahme einer solchen vorläufigen Regelung vermeiden könne. Wenn eine Einigung erzielt worden sei, werde der nächste Schritt der Gläubiger darin bestehen, Hoover zu fragen, was die Vereinigten Staaten nun zu tun gedächten. Man hoffe, daß die Vereinigten Staaten ein dem Reparationsmoratorium entsprechendes Schuldenmoratorium beschließen würden.

„Petit Parisien“ für Vertagung

BRN. Paris, 16. Jan. (Tel.) In einem offensichtlich inspirierten Artikel wirft „Petit Parisien“ die Frage auf, ob es nützlich sei, die Lausanner Konferenz überhaupt abzuhalten. Man halte es für französischerseits für unmöglich, den deutschen Schuldner Reparationsnachlaß zu gewähren, ohne vorher von dem amerikanischen Gläubiger eine entsprechende Zusage erhalten zu haben. Obwohl sich in England eine gewisse Tendenz im Sinne der französischen These bemerkbar zu machen scheine, blieben die Meinungsverschiedenheiten außerordentlich groß. Die Zeit bis zum Konferenzbeginn sei so kurz, daß eine vorherige Verhandlung sich als unwahrscheinlich herausstelle. Auch der englische Wirtschaftsjachverständiger Keynes habe auseisandergesetzt, daß die Lage für eine endgültige Regelung auf der Lausanner Konferenz noch nicht reif sei. Es wäre vielleicht vorteilhaft, die Lausanner Konferenz zu vertagen und die Zeit bis zum 1. Juli dazu zu benutzen, um über das äußerst verwickelte Reparations- und Schuldenproblem ein Verständigungsterrain mit England zu suchen und zu finden. In interessierten französischen Kreisen scheine man diese Ansicht zu teilen.

des Schauspielers aufgegeben, in Würzburg die Oper und Operette abgebaut. Halle hat auf die große Oper verzichtet und die Spielzeit auf 9 Monate herabgesetzt; Augsburg ist zur 8monatigen Spielzeit übergegangen.

Das Personal der städtischen Theater und Orchester belief sich in allen deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern am Ende der Spielzeit 1929/30 auf rund 15 200 Köpfe, darunter befinden sich 2800 Aushilfskräfte. Die Gesamtzahl der ständig beschäftigten Personen hat gegenüber dem Vorjahr um 506 oder um 4 Proz. abgenommen, und zwar ist von einer geringfügigen Zunahme des Tanzpersonals abgesehen, bei sämtlichen Personalgruppen ein Rückgang zu verzeichnen, der beim technischen Personal mit 305, beim Orchester mit 113 und beim Singchor mit 90 Köpfen den größten Umfang erreicht. Im Gegensatz hierzu hat das aushilfsweise beschäftigte Personal eine Zunahme um 572 Köpfe erfahren.

Die Veranstaltungen der städtischen Theater und Orchester weisen mit alleiniger Ausnahme des Tanzes, der sich gehalten hat, ebenfalls eine Abnahme auf. Diese beträgt beim Schauspiel 496, bei der Oper 479, bei der Operette 225, bei den Konzerten 101, bei den Morgenfeiern, Luntentagen usw. 72. Während bei der Oper und Operette die Gastspiele des eigenen Ensembles die Veranstaltungen fremder Ensembles übertroffen haben, sind sie beim Schauspiel hinter diesen zurückgeblieben. Von je 100 Veranstaltungen des eigenen Ensembles am Orte selbst entfallen auf:

	Oper	Operette	Schauspiel
in den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern	36,7	14,7	41,4
in den Städten mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern	21,6	19,0	35,0
in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern	15,8	22,6	48,7

(Schluß folgt.)

* Zur politischen Lage

Das neue Kabinett Laval

Laval hat sein neues Kabinett gebildet. Notwendig wurde die Umbildung durch den Rücktritt des Außenministers Briand und durch den plötzlichen Tod des Kriegsministers Maginot. Die Umbildung hat sich verhältnismäßig rasch in der Weise vollzogen, daß Laval Ministerpräsident bleibt und gleichzeitig das Außenministerium übernimmt, und daß Lardieu als Nachfolger Maginots ins Kriegsministerium einzieht. Ferner ist ein neuer Innenminister und ein neuer Landwirtschaftsminister ernannt worden. Alle übrigen Portefeuilles bleiben in denselben Händen.

Wie ist das neue Kabinett Laval politisch zu beurteilen? Sicherlich nicht in einem für Deutschland günstigen Sinn. Briand, der immerhin auf Grund seiner Erinnerungen an Locarno eine höfliche Tonart bezog, ist ausgeschickt worden, und Laval wird die Außenpolitik Frankreichs zweifellos ganz auf die Wahrung engster, „nationaler“ Interessen einstellen. Das Gewicht des Nationalismus im französischen Kabinett hat sich unter allen Umständen noch etwas verstärkt. Lardieu ist von demselben Kaliber wie Maginot, nur mit dem einen Unterschiede, daß er geistig noch beweglicher und bedeutender ist. Sein Einfluß im Kabinett wird sehr groß sein. Und vergessen wir nie, daß er einer der Väter des Young-Plans ist! Mandin ist Finanzminister geblieben. Auf ein Einlenken Frankreichs vor Lausanne ist also auch von dieser Seite her nicht zu rechnen.

Deutschland hat also von diesem neuen Kabinett Laval leider nicht viel Gutes zu erhoffen. Das ergibt sich unter anderem schon aus der Mitteilung, daß Frankreich die Lausanner Konferenz überhaupt nur dann besuchen werde, wenn vorher eine Einigung mit Deutschland und mit England zustandekommt. Nun, auch wir sind an dieser Einigung interessiert. Die deutsche Reichsregierung denkt nicht im mindesten daran, Frankreich durch irgend welche Schroffheiten zu brüskieren. Aber wie soll eine Einigung möglich sein, wenn Frankreich bei seinem für uns völlig undiskutablen Standpunkt beharrt?

Umjhuung in England?

Wir haben schon vorgestern an dieser Stelle auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß Herr Layton im gleichen Atemzuge die Streichung der Reparationen und die Annahme eines Plans verlangte, nach welchem Deutschland immer noch „etwas“ zu zahlen haben würde. Inzwischen hat auch der britische Wirtschaftsjachverständige, Keynes, einen Artikel veröffentlicht, in dem er das gleiche anregt und sich damit eines ähnlichen Widerspruches schuldig macht.

Noch schlimmer ist die Haltung eines Teils der konservativen Presse in London. Schon vor einigen Tagen wußte man, daß Frankreich versucht, England auf seine Seite herüberzuziehen, indem es den Engländern vor der deutschen Konkurrenz für den Fall einer Streichung der Reparationen Angst macht. Diese Propaganda scheint nicht ganz ohne Erfolg geblieben zu sein. Denn man kann jetzt in einzelnen konservativen Blättern lesen, daß England an der völligen Befreiung Deutschlands von der Reparationslast kein Interesse habe, da dann die deutsche Konkurrenz für Großbritannien doppelt spürbar werden würde. Und sonach empfehlen diese Blätter ein Arrangement mit Frankreich.

Es ist keine Freude, zu sehen, wie gewisse Leute in England immer wieder auf die französischen Intrigen hereinfallen. Die Angst vor der deutschen Konkurrenz war es, mit der man England für die Entente förderte, die Angst vor der deutschen Konkurrenz war es, die England an der Seite Frankreichs in den Weltkrieg trieb, dieser Angst hat das stolze Albion letztlich all das spätere Unheil, die Schuldenbelastung, den Rückgang seiner Wirtschaft, den Sturz seiner Währung und die Beeinträchtigung seiner Seegeltung zu verdanken, und doch hat man noch immer nichts gelernt!

Deutschland und Lausanne

Die deutsche Außenpolitik steht angesichts solcher Vorgänge vor überaus schwierigen, ja schier unlöslichen Aufgaben. Denn auch dann, wenn England nicht unfairen sollte, ist die Lage für uns ernst genug. Auch dann, wenn London uns vor der Konferenz und auf der Konferenz in einigermaßen vernünftiger Weise sekundiert, werden wir einen sehr schweren Stand haben.

Amerika wird an der Konferenz nur durch einen Beobachter teilnehmen, also sich in die Verhandlungen selbst nicht einmischen, fällt also von vornherein als zügelnder Faktor außer Betracht. Erfreulich ist und bleibt die Stellungnahme Italiens. In verschiedenen Reden und Artikeln hat Mussolini gerade in der letzten Zeit die Notwendigkeit einer Streichung der Reparationen betont und letztlich ganz offen davon gesprochen, daß einer solchen Streichung der Reparationen eine gemeinsame Aktion der europäischen Schuldner Amerikas folgen müsse, eine Aktion, die nichts anderes zu bedeuten hätte, als die Einstellung der Schuldenbezahlung. Es wäre möglich, daß dieser italienische Vorschlag auf England und Frankreich so stark einwirkt, daß doch noch die von Paris gewünschte Einigung vor dem Zusammenritt der Konferenz in einer für Deutschland erträglichen Weise zustande kommt.

Deutsche Einmütigkeit

Das Scheitern des Planes, das Amt des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags zu verlängern, ist gewiß außerordentlich zu beklagen und ein neuer Beweis dafür, wie groß die innerpolitischen Gegensätze bei uns in Deutschland sind. Dennoch hieße es zu weit gehen, wenn man nun aus dem negativen Ergebnis der Aktion auf eine Schwächung unserer außenpolitischen Einheitsfront schließen wollte.

Auch in den Tagen der heftigen Auseinandersetzungen über jene Aktion konnte nicht das geringste Anzeichen dafür festgestellt werden, daß sich in der Einstellung der Parteien zum Reparationsproblem ein Wandel vollzogen habe. Nachwievor stehen alle deutschen Parteien — und diesmal sogar auch die Kommunisten — auf dem Standpunkt der Forderung, daß die Last der Reparationen endgültig von uns genommen werden muß. Und wenn Reichskanzler Dr. Brüning diese Forderung in Loujanne selbst oder in den Vorberhandlungen mit aller Entschiedenheit vertritt, darf er sich darauf berufen, daß es in Deutschland keinen Menschen gibt, der diese Forderung nicht aus vollem Herzen unterschriebe.

Und das Ausland wird wohl kaum so töricht sein diese Tatsache in Zweifel zu ziehen. Man weiß drüben sicherlich nur zu gut, daß es innerpolitische Streitigkeiten waren, die eine einmütige Parlamentsaktion für den Reichspräsidenten verhinderten. Und die Augen Beobachter des Auslands werden genau so, wie wir selbst, aus Erörterungen und Auslassungen der letzten Tage durchaus nicht den Eindruck gewonnen haben, daß die auf parlamentarischen Wege nicht zu erledigende Kandidaturfrage immer noch offen bleibt, und daß auch heute noch sehr wohl die Möglichkeit besteht, daß eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, garantiert durch die Zustimmung der größten Parteien und Verbände, Herrn von Hindenburg in regelrechtem Wahlgang von neuem zum Reichspräsidenten wählt.

Die „Note Fahn“ verboten. Die kommunistische Berliner „Note Fahn“ wurde bis zum 18. Januar einschließlich wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten. In der Begründung heißt es: Ein in der Ausgabe vom 15. Januar enthaltener Artikel mit der Überschrift: „Mord, Mörder, Mordanklischer“ befaßt sich mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die Ausführungen dieses Artikels sind geeignet, politische Zusammenstöße und Gewalttätigkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Parteien herbeizuführen. Außerdem enthält der Artikel auch eine Beschimpfung eines leitenden Beamten des Staates.

Eine Heibelberger Münzsammlung. Der vor einigen Monaten in Heidelberg verstorbene Geheimrat Dr. Paul Julius, Chemiker und Vorstandsmittglied der J. G. Farben-Industrie, hatte eine außerordentlich umfangreiche und wertvolle Münzsammlung hinterlassen, deren Wert man unter normalen Geldverhältnissen auf Hunderttausende veranschlagen konnte. Nahezu vier Jahrzehnte hatte Dr. Julius dem Aufbau und der Pflege dieser Sammlung gewidmet, und einer seiner vornehmsten Grundzüge war, das einmal Erworbenen in nie erlassender Bemühung durch noch besser erhaltene Stücke zu ersetzen. Hand in Hand mit dieser wissenschaftlich gründlichen Art des Sammelns ging der Aufbau einer numismatischen Bibliothek, die schließlich einen Grad der Vollständigkeit erreichte, wie man ihn bei Privatsammlern nur ganz selten antreffen wird. Geheimrat Julius, Ehren doktor zweier technischer Hochschulen, hat in hochherziger sozialer Gesinnung den gesamten Erlös aus seiner Medaillensammlung für die Wohlfahrtsvereine der J. G. Farben bestimmt. Jüngst war eine stückweise Versteigerung der Sammlung geplant. Inzwischen hat aber die J. G. Farben-Industrie ein Angebot auf den Erwerb der ganzen Sammlung in einem Stück erhalten. Sie nahm dieses Angebot um so mehr an, als bei Versteigerungen bekanntlich immer ein Teil unverkauft zu bleiben pflegt.

Prof. Dr. Sollers 80. Geburtstag. Der bekannte Publizist Prof. Dr. Sollers in München, der sich als Mitglied der Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ und als Wissenschaftler namentlich durch seine Forschungsreisen in Afrika das größte Ansehen erworben hat, konnte dieser Tage seinen 80. Geburtstag in körperlicher und geistiger Frische begehen. Dem Jubilar wurden zahlreiche Ehrungen zuteil.

Beilegung des Streites im Hessischen Landestheater. Vor dem Bühnenschiedsgericht in Darmstadt ist am Samstagabend ein Vergleich in der Angelegenheit des fruchtlos entlassenen Regisseurs Mordo geschlossen worden. Mordo gab hiernach eine Erklärung ab, wonach er sich nicht entfinnt, die im Laufe der Verhandlung von Zeugen bekundeten Beleidigungen hinsichtlich des Generalintendanten Hartung gemacht zu haben; sollte er sie aber trotzdem ohne Absicht in der Erregung getan haben, so nimmt er sie mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück. Nach dieser Erklärung bittet er um Auflösung seines Vertrages mit dem Hessischen Landestheater, die ihm auch gewährt wurde. Das Landestheater zahlt eine Entschädigung von 3500 RM. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts sprach dem Generalintendanten Hartung gegenüber den persönlichen Wunsch aus, dem Kläger (Mordo) bis 1. April 1932 eine Gastkammer zu gewähren, von welchem Wunsch Hartung Kenntnis nahm.

Die Durchführung der Notverordnung

Neue Schwierigkeiten um den Brotpreis

Nachdem die am 22. Dezember v. J. mit dem Zentralverband der Bäckereien und den Brotfabriken vereinbarte Herabsetzung der Brotpreise jetzt im wesentlichen im ganzen Reich durchgeführt ist, macht sich neuerdings im Bäckergewerbe eine starke Beunruhigung wegen des Steigens der Roggenmehlpreise bemerkbar. Der Mehlpreis ist seit Anfang Januar um 1,65 M. seit der Vereinbarung mit dem Preis-Kommissar sogar um 2 M. gestiegen. Diese Tatsache hat bereits zu einem Schritt des Zentralverbandes bei den zuständigen Stellen geführt. Der Reichskommissar Dr. Goerdeler hat daraufhin dem Zentralverband mitgeteilt, daß Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium über die Frage des Mehlpreises stattfinden.

Es ist mit außerordentlichen Maßnahmen zunächst nicht zu rechnen, da sich im Augenblick wieder ein Nachlassen der Roggenmehlpreise bemerkbar macht. Auch die Versorgungslage für Roggen sei so, daß keinerlei Beschränkungen für ein Steigen der Preise gerechtfertigt wären. Ausdrücklich wird betont, daß unter diesen Umständen zu einer Erhöhung der Brotpreise im gegenwärtigen Augenblick kein Anlaß bestehe.

Und die Reichswasserstraßen-Verwaltung Einzelverhandlungen mit den Ländern

Ein Berliner Blatt teilt mit, im Reichsverkehrsministerium bestünde die bestimmte Vermutung, daß es schon in allernächster Zeit zu einer Einigung in der Frage der Wasserstraßen-Verreichung mit den Ländern kommen werde. Dazu wird von unterrichteter bayerischer Seite erklärt, daß diese Nachricht zum Mindesten den Tatsachen erheblich voraussetzt. Daß alle Länder bereit wären, ihre Zustimmung zur Verreichung der Verwaltung zu geben, ist kaum anzunehmen. Sicherlich hat sich an dem gemeinsamen Widerstand der Länder gegen die beabsichtigten Eingriffe des Reichsverkehrsministeriums in die Landeshoheitsrechte auf dem wichtigen Gebiet des Wasserrechts nichts geändert.

Es muß deshalb begegnet werden, ob die nunmehrigen Versuche, die Länder nacheinander und gesondert zur Zustimmung zu bewegen, von Erfolg begleitet sein werden. Der entscheidende Punkt ist und bleibt, daß die Verwirklichung der Pläne des Reichsverkehrsministeriums eine erhebliche Verstärkung und eine neuerliche Verwirrung der öffentlichen Verwaltung bedeuten wird.

Reichsminister Trevisanus beriet am Freitag mit dem sächsischen Ministerpräsidenten und dem Finanzminister über die künftige Gestalt der Reichswasserstraßen-Verwaltung, wie aus Dresden gemeldet wird.

Kündigung

verheirateter weiblicher Beamter

W.B. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Der Reichspostminister hat die folgende Verfügung erlassen: „Wenn in Fällen, in denen verheiratete weibliche Beamten das Dienstverhältnis gekündigt worden ist, sich im Laufe der Kündigungsfrist herausstellt, daß die wirtschaftliche Versorgung nicht mehr gesichert erscheint, so ist die Kündigung zurückzunehmen. Es entspricht nicht der Absicht des Reichspostministeriums, daß die Kündigung in der Schwere gelassen und die Beamtin über den Ablauf der Kündigungsfrist hinaus auf Widerpruch befristet wird.“ Gegebenenfalls würde die Kündigung später von neuem auszusprechen sein.“

Lansbury

für Streichung der Reparationen

W.B. London, 16. Jan. (Tel.) Lansbury, der Führer der Arbeiteropposition im Unterhaus, wandte sich gestern in scharfen Worten gegen die Beibehaltung der Reparationen. Der Regierung muß gezeigt werden, so bemerkte er, daß diese Reparationsangelegenheit ein Ende haben soll. Wir müssen Amerika sagen, daß wir weder Schulden ansammeln noch zahlen wollen. Die Welt weiß, daß die Zeit der Reparationen vorüber ist. Man kann nicht versuchen, die deutsche Nation zu ruinieren, ohne gleichzeitig sich selbst zu ruinieren.

Die Kirchen und die Weltwirtschaftskrise

W.B. Berlin, 16. Jan. (Tel.) Die drei Präsidenten des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum, den die evangelischen, die anglikanische Kirche und die orthodoxen Kirchen der ganzen Welt vereinigt, erlassen jeden einen Aufruf zur Weltwirtschaftskrise. Es wird darin der großen Sorge Ausdruck gegeben über den allgemeinen Niedergang des wirtschaftlichen Lebens, dem sich immer mehr verschärfender Kampf breiter Massen um das tägliche Brot und das Herabfallen ganzer Völker von mühsam erreichten Höhen ihrer Lebenshaltung.

Japans Antwort an Amerika

W.B. Tokio, 16. Jan. (Tel.) Die Antwort Japans an die Note der Vereinigten Staaten über die Anwendung des Kennzeichensabkommens auf die Lage in der Mandchurie wurde heute vormittag dem amerikanischen Botschafter übergeben. Japan bekennt sich darin erneut zur Politik der offenen Tür in der Mandchurie und bedauert, daß es durch die in ganz China herrschende Desorganisation in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

Briand, dem der deutsche Botschafter gestern einen Abschiedsbesuch abtattete, will heute Paris verlassen und sich auf seinen Landsitz Cogherl zurückziehen. Reichskanzler Brüning hat Briand zu seinem Ausscheiden aus dem Außenministerium in einem Telegramm die besten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung ausgesprochen, auf die Briand in freundlicher Weise erwiderte.

Henderson befindet sich auf dem Wege der Genesung.

Eine Rechtsorganisation in Spanien. Der ehemalige Innenminister Maurra richtete einen Aufruf an die konservativen Klassen des Landes und forderte diese auf, sich zu einer starken Partei zusammenzuschließen, deren Aufgabe es sein würde, die Regierung zu übernehmen. Das gegenwärtige Kabinett werde sich nicht mehr lange halten können. Die neue Partei Maurras soll eine Partei der offenen Opposition werden. In bezug auf die religiöse Frage tritt Maurra für das Konkordat ein. — Kürzlich wurden wegen monarchistischer Illirische vier spanische Kavallerieoffiziere verurteilt. Sie sind nach den Kanarischen Inseln verbannt worden.

Der erste weibliche Senator in Amerika. Zum erstenmal ist eine Frau in den amerikanischen Senat gewählt worden. Bei einer Neuwahl in Little Rock (Arkansas) wurde Frau Caraway (Demokratin) als Nachfolger ihres verstorbenen Mannes gewählt.

Hosijawa wurde bei seiner Ankunft in Tokio offiziell als Außenminister eingeführt.

Frau Gaubdi ist zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Schulgesundheitspflege erspart Süßholzlasten

Von Dr. Walter Freimann

Die rücksichtslose Sparpolitik, die in den nächsten Monaten in allen Gemeinden vollzogen werden muß, darf keinesfalls etwa alle Gebiete der kommunalen Verwaltung gleichmäßig ergreifen. Sie muß vielmehr systematisch auf diejenigen Gebiete der kommunalen Tätigkeit konzentriert werden, in denen eine Einschränkung der Ausgaben und der Ausgaben keinen dauernden Schaden anrichtet. Es gibt solche Gebiete, und darum ist es möglich, Einrichtungen, die für die Zukunft der Bevölkerung bedeutsam sind, auch in der Notzeit, natürlich mit den unumgänglichen Einschränkungen, zu erhalten.

Die Schulgesundheitspflege gehört ganz zweifellos zu denjenigen Teilen der kommunalen Tätigkeit, die lebenswichtig sind, und die deshalb nicht übermäßig abgebaut werden dürfen, wenn nicht die künftige Generation schweren Schäden erleiden und damit zugleich neue Belastungen im Fürsorgewesen verursacht werden sollen. Hygienische Schulräume, moderne Heizung-, Lüftung- und Beleuchtungseinrichtungen, Schulbäder, das alles sind Dinge, die unentbehrlich geworden sind, und schulärztliche Betreuung der Jugend, Turn- und Spielplätze, deren Beseitigung oder Abbau nur scheinbar Ersparnisse ermöglichen, in Wirklichkeit und auf die Länge der Zeit aber die sozialen Lasten der Gemeinde in fühlbarer Weise erhöhen würde.

Es ist nötig, hierauf so frühzeitig wie möglich hinzuweisen, weil in vielen Gemeinden auch Ersparnisse in der Schulgesundheitspflege geplant werden. Man wird nun, keineswegs fordern dürfen, daß dieses Gebiet der kommunalen Fürsorge überhaupt nicht von der Sparpolitik erfaßt werden dürfe. Das ist leider bei der heutigen Not der Gemeinden nicht möglich. Aber diese Ersparnisse dürfen keinesfalls durch eine Verminderung der hygienischen Wirksamkeit der Schulgesundheitspflege, also nicht durch einen Abbau ihrer Leistungen erreicht werden. Man kann versuchen, durch bessere Organisation, Vereinfachung der Verwaltung u. a. gleiche Leistungen mit geringeren Mitteln zu erzielen. Aber man darf wichtige Errungenschaften der Schulgesundheitspflege nicht opfern, wenn man dem Staat oder der Gemeinde nicht später Mehraufwendungen dauernder Art verursachen will. Ohne eine sorgsame und häufige schulärztliche Überwachung der Kinder werden ansteckende Krankheiten, Rückenverkrümmungen, Kurzsichtigkeit, Zahnfäulnis und andere Übel, die man in den letzten Jahren erfolgreich bekämpft hat, wieder zunehmen, und man wird in nicht allzu ferne Zukunft die Krankenhäuser, die Krüppelheime, die Tuberkulosefürsorgeanstalten usw. füllen, anstatt sie durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßnahmen zu leeren.

Vorbeugende Gesundheitspflege soll, wenn sie richtig betrieben wird, die Gemeinden nicht belasten, sondern ihnen vielmehr dauernde Aufwendungen für die offene und Schulärztliche Überwachung der Kinder (einschließlich der zahnärztlichen Fürsorge) eingespart werden. Ihre Wirksamkeit und ihre Erfolge müßten schon lehren, wenn etwa die Zahl der Kinder, die der einzelnen Schulärztin zu überweisen hat, aus Sparanleihtsgründen allzusehr erhöht werden würde. Unentbehrlich ist zum Beispiel die sorgfältige, möglichst individuelle Untersuchung aller Schulanfänger unter genauer Berücksichtigung über die bisherige gesundheitliche Entwicklung. Aber auch regelmäßige Spezialuntersuchungen, zum Beispiel der Augen und Ohren der Kinder, durch den Schularzt, ferner eine regelmäßige zahnärztliche Untersuchung müssen als unumgänglich notwendig angesehen werden. Massenuntersuchungen werden vielfach ihren sozialhygienischen Zweck nicht erfüllen. Je sorgfältiger sich der Schularzt mit jedem hilfsbedürftigen Kinde befaßt, desto eher wird er imstande sein, künftigen Schädigungen, durch die das fröhliche Kind später vielleicht dauernd der öffentlichen Fürsorge anheimfallen kann, zu verhindern.

Wie überall, so ist es auch in der Schulgesundheitspflege möglich, größtmögliche Sparsamkeit mit größtmöglicher Leistung zu vereinigen. Das wird besonders dann gelingen, wenn die Schule nach Feststellung einer gesundheitlichen Gefährdung eines Kindes sofort ihren Einfluß auf die Eltern geltend macht und deren Selbstverantwortungsgefühl gegenüber dem Kinde zu wecken vermag. Auch dabei wird man freilich nicht ganz ohne materielle Hilfsmaßnahmen auskommen können. Aber in sehr vielen Fällen werden sogar milderbemittelte Eltern selbst große Opfer bringen, um festgestellte oder drohende gesundheitliche Schädigungen ihrer Kinder zu beseitigen bzw. zu beseitigen. Aber die Schule muß die Eltern hierzu anleiten und anregen. Das kann sie freilich nur dann, wenn sie selbst nicht auf eine planmäßige, sorgfältige, vorbeugende Schulgesundheitspflege verzichtet. Eine frühzeitige Erkennung von Krankheiten und Gefahren ermöglicht oft leichte Heilung und erspart dadurch spätere erheblich größere Kosten, die doch heute in der Mehrzahl der Fälle gleichfalls von der kommunalen Fürsorge getragen werden müssen. Richtige Sparsamkeit erfordert daher nicht Abbau, sondern Ausbau der Schulgesundheitspflege. Sie frühzeitiger sie einleitet, je sorgfältiger sie das einzelne Schulfeld beobachtet, desto mehr wird sie zu einer Entlastung der kommunalen Dauerfürsorge führen und dadurch auch vom finanziellen Gesichtspunkt der Kommune aus kostensparend wirken.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag mit der bevorstehenden Abrüstungskonferenz in Genf. Über die Vorarbeiten erstattete Botschafter Radolinski Bericht. Die Beratungen über die bevorstehende Lausanner Konferenz gehen gleichfalls weiter. Es wird deutscherseits erklärt, daß angeichts der im Baseler Gutachten festgestellten „Gefahr im Verzuge“ eine Verschiebung der Konferenz nicht stattfinden darf und der angelegentlichste Termin unbedingt eingehalten werden müsse.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie wählte in seiner jüngsten Sitzung an Stelle des in Senak überretenden Abr. Frommein, Kommerzienrat Dr. Dr. Carl Bock, Heidelberg zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Zum Vorsitzenden des Reichswasserstraßenbeirats wurde vom Reichspräsidenten der Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums, Königs, ernannt.

Württembergische Landtagswahl am 8. Mai? Die württembergischen Landtagswahlen finden, wie die Stuttgarter „Schwab. Tagwacht“ erfahren haben, voraussichtlich am 8. Mai 1932 statt. Am gleichen Tag sollen auch die Landtagswahlen in Preußen und in Anhalt stattfinden.

Ein Anschlag auf den österreichischen Innenminister. Die Wiener Polizei hat einen geplanten Anschlag auf den Innenminister Winkel aufgedeckt. Drei Personen wurden bisher verhaftet.

Einigung im deutsch-französischen Wirtschaftsausschuss für die Holzindustrie...

Aus der Landeshauptstadt

90 Jahre alt. Der frühere Direktor der Kasseler Galerie, Geh. Rat Dr. Oskar Eisenmann...

Das neue Karlsruher Notabzeichen ist erschienen. Es ist nach einem Entwurf von Prof. Willi Maz Scheid...

Die vorläufige Kleinverteilung in Karlsruhe. Die Stadt beabsichtigt vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses...

Der Haus- und Grundbesitzerverein hält am Sonntag, dem 17. Januar, vorm. 11.15 Uhr in der „Eintracht“ eine Mitgliederversammlung ab...

Urteil gegen Wönig bestätigt. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat unter Aufhebung des freisprechenden Urteils...

Badisches Landesheater. Am Dienstag, dem 19. Januar, erfolgt eine Wiederholung des padischen Schillerdramas „Der Brau“...

Professor Juan Manén, Spaniens größter Geiger der Gegenwart, der den Beinamen „Der zweite Sarasate“ führt...

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Bei Island hat sich eine große Zyklone als Zentralstief festgesetzt...

Gemeinderundschau

Der Stadtrat Bruchsal beschloß eine Senkung der städtischen Taxen. Der Gaspreis beträgt 20-12 Pf. per Kubikmeter...

Der Stadtrat Ronfang hat beschlossen, den Gasgrundpreis von 22 auf 21 Pf., das Heizgas von 12 auf 10 Pf. den Lichtstrompreis von 50 auf 45 und den Kraftstrompreis von 30 auf 27 Pf. herabzusetzen...

Die Heidelberger Siedlungspläne. Wie berichtet, hat der Stadtrat Heidelberg die Errichtung von 100 Erwerbslosenwohnungen beschlossen...

Reform der Kurtagen in Baden-Baden. Im Kurabschluss haben die Beratungen über eine Reform der Kurtagen begonnen. Der Hotelbesitzerverein wünscht die Sache soweit zu lenken...

Das neue Rathaus in Forbach im Murgtal ist kurz vor den Festtagen bezogen worden. Der Bau ist ein Beispiel moderner Saublichkeit...

Der Bürgerausschuss Waldshut regelte die Frage der Aufwandsentschädigung für die Gemeinderatsmitglieder. Hierfür wurden pro Sitzung und Kopf 4 M. bestimmt...

25jähriges Stadtjubiläum Vörrach. Die Stadt Vörrach kann im November dieses Jahres ihr 25jähriges Bestehen als Stadtgemeinde Oberbadens feiern...

109 Brände im Jahre 1931 im badischen Seckreis. Im badischen Seckreis hat es im Jahre 1931 109mal gebrannt. Am meisten brannte es in Fullendorf und in Schwenningen...

Kurze Nachrichten aus Baden

Weihnachtsbeihilfe der badischen Volksschullehrer. Trotz der großen Notzeit wurde auch in diesem Jahre wieder vom badischen Lehrerverein die schöne Summe von 7820 M. an 250 bedürftige Angehörige verstorbenen Standesgenossen...

Mannheim, 15. Jan. Der vom Einheitskomitee sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter am 16. und 17. Januar in Mannheim geplante Kampftag wurde von der Polizeidirektion Mannheim auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten...

Heidelberg, 16. Jan. Das Heidelberger Schöffengericht wird voraussichtlich am 20. d. M. gegen den Spartakusbekämpften Klumply verhandeln...

Pforzheim, 15. Jan. Der Pforzheimer Polizeibericht meldet, daß eine gestern abend im städtischen Saalbau abgehaltene Versammlung der NSDAP aufgelöst werden mußte...

Grenzach bei Vörrach, 15. Jan. Die Reichsbahnverwaltung hat beschlossen, eine Erweiterung des Bahnhofs Grenzach vorzunehmen...

Staatsanzeiger

Sicherung des Straßenverkehrs an Eisenbahnübergängen. An die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden-Baden, sowie an die Gemeinden und Kreise

Die Zunahme von Unfallsfällen an Bahnübergängen gibt Veranlassung, die für die Auffstellung von Warnungstafeln und Unterhaltung der Wege verantwortlichen Dienststellen darauf hinzuweisen, daß die gute Sichtbarkeit der Warnungstafeln an den Eisenbahnkreuzungen von größter Wichtigkeit und dringend erforderlich ist...

Um das zu gewährleisten, wird hiermit angeordnet, daß die zuständigen Wegepolizeibehörden alljährlich im Frühjahr, sobald die Bäume fertig belaubt sind, eine örtliche Nachprüfung vornehmen. Auch etwaigen Anträgen der Reichseisenbahn wegen der Herstellung guter Sichtbarkeit bei den von ihr aufgestellten Warnungstafeln haben die Wegeunterhaltungspflichtigen weitgehend zu entsprechen.

Karlsruhe, den 14. Januar 1932. Der Minister des Innern. Maier.

Badisches Landesheater Karlsruhe

Spielplan vom 16.-24. Januar 1932.
Dienstag, 19. Jan.: G 15 Th.-Gem. 201-300. Der Brau, von Friedrich Forster...

EINTRACHT
Dienstag 19. Jan. 20 Uhr
Der große spanische Geiger und Komponist
Juan Manén

Bad. Landesheaterorch. der Stadt
4. Cuverture: „Waldfest“; 2. Rosen aus dem Süden...

Badisches Landesheater
Sonntag, den 17. Jan. 1932
Vorgensfeier
Johann Strauß

Abends:
* E 14 Th.-Gem. III. S. G.
1. Hälfte
Neu einführt:
Der Troubadour

Anfang 20 Ende 22
Der IV. Rang ist für den
allgem. Verkauf freigegeben
Die 19. 1. Der Brau...

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, 17. Jan. 1932
Neu einführt:
Der Vetter aus Dingsda

Haus- u. Grundbesitzerverein e. V. Karlsruhe
Am Sonntag, den 17. Januar 1932, 11 1/2 Uhr,
findet in der Eintracht eine
Mitglieder-Versammlung

Wir werben für Sie!
Materiallieferung
Das Wasser- und Straßbauamt Heidelberg vergibt nach den Vorschriften der Reichsverordnungsverordnung...

Wir vergeben, vorbehaltlich der Bewilligung der Mittel, die den bestehenden Bestimmungen der freien Lieferung von Holzschotter und Grus, sowie Feerguss aus Hartem auf Landstraßen...